

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 6

Artikel: Das neue Mitteleuropa und die ungarische Revisionspolitik
Autor: Török , Arpad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158193>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Rationalisierung des Zwischenhandels überhaupt.)

* * *

Die Zeichen der Zeit sind deutlich. Auch wir Schweizer sind nicht gefeit gegen den bolschewistischen Bazillus, auch wir sind nicht gefeit gegen Volksfrontenabenteuer, so wenig wie das so gut „bürgerliche“ Frankreich. Jeder Staat, der den Kommunismus wirksam bekämpfen will, stärkt und stützt das Bauerntum. Der Bauer will auf seinem eigenen Grund und Boden stehen. Aber er will auch, daß seine Produktion den Einflüssen der zerstörten Weltwirtschaft entzogen wird, sie konnte schon die Einflüsse der gesunden Weltwirtschaft nicht mehr ertragen. Er ist Bauer und nicht Händler. Es ist eine vaterländische Pflicht, ein Amt, ein Dienst, den Boden der Nation zu bewirtschaften, Lebensmittel zu erzeugen. Wenn wir das landwirtschaftliche Problem im modernen schweizerischen Staat so lösen können, daß die Landwirtschaft, rationell betrieben, für den fleißigen Bauern zum wirtschaftlich gesicherten Berufsstand wird, so haben wir eine entscheidende Schlacht gewonnen im Kampf um die Existenz der Eidgenossenschaft.

Das neue Mitteleuropa und die ungarische Revisionspolitik.

Von Arpad Török.

Vor allem: Ist es richtig, von einem neuen Mitteleuropa zu sprechen? Man muß sich nur die Entwicklung, wie sie sich seit 1918 vollzogen hat, vergegenwärtigen. Die Siegermächte haben gleich nach dem Zusammenbruch alles darangesetzt, ihre Übermacht zu konsolidieren und die besiegten Staaten in ihrer Machtlosigkeit zu erhalten. 1920 schloß Italien einen Vertrag mit Jugoslawien, um die Siegesbeute zu sichern. Es entstand die Kleine Entente aus dem gleichen Grunde. Dann begann sich das Blatt allmählich zu wenden. Im Jahre 1927 schloß Graf Bethlen als Ministerpräsident Ungarns mit Mussolini einen Freundschaftsvertrag. Das bedeutete vor allem eine Abkehr Italiens von der Antirevisionspolitik, denn Ungarn hatte niemals aufgehört, sich als revisionistischen Staat zu bekennen. Eine noch schärfere Wendung brachte das Jahr 1935 mit sich. Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität auch auf wehrpolitischem Gebiete hat die alten Machtverhältnisse in Mitteleuropa gründlich verschoben. In das gleiche Jahr fällt das abessinische Unternehmen Italiens, was zeitweise allerdings zu der Mutmaßung führte, Italien

werde sein Ziel nicht erreichen können und daher aus dem Feldzug militärisch geschwächt und mit Prestigeverlust hervorgehen. Diese Vermutung ist nicht eingetroffen, sondern das gerade Gegenteil. Das Werden eines neuen Mitteleuropa war jedoch durch die österreichische Frage immerhin schwer belastet. Sie hatte hier nicht nur eine allgemeine Unsicherheit hervorgerufen, sondern auch die Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden Großmächten, Italien und dem Deutschen Reich, verhindert. Nun ist im Sommer 1936 auch hier ein Wandel eingetreten. Am 11. Juli haben sich die beiden deutschen Staaten, das Reich und Österreich, verständigt, was automatisch zu einer Annäherung zwischen Italien und dem Deutschen Reich führte. Um das Bild zu vervollständigen, muß auch die Änderung um Polen angeführt werden. Als Folge des Versailler Vertrages war zwischen Deutschland und Polen ein Verhältnis eingetreten, das man ruhig einen latenten Kriegszustand nennen durfte. Durch den zehnjährigen Befriedungspakt zwischen Polen und Deutschland hat Adolf Hitler in dieser Sphäre eine weitgehende Entspannung herbeigeführt. Die Bemühungen der Kleinen Entente, Polen in ihr System hineinzubeziehen, sind damit endgültig gescheitert, umso mehr als in den letzten Jahren eine gewisse Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei eingetreten ist*).

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß wir heute ein vom Grunde aus verändertes Mitteleuropa haben, wo sich eine Verschiebung der Machtverhältnisse zum Nachteil der antirevisionistischen Mächte vollzogen hat. Der Kompakt hat bereits ein festes Gebilde geschaffen, dem sich nun das Deutsche Reich koordinierte und dem gegenüber Polen sich immerhin sympathisch verhält. Diese Veränderung der Lage hat nun zu verschiedenen Kombinationen geführt. Man spricht viel von einem neuen machtpolitischen Block in Mitteleuropa, der sich als Gegengewicht gegen den französisch-Kleine Entente-sowjetrussischen Block gebildet hat, oder der doch in Bildung begriffen ist. Mit der Entstehung und Erhärtung dieser neuen Mächtegruppierung hat auch die ungarische Revisionspolitik einen gewissen Auftrieb erhalten. Wenn auch die amtliche Politik in dieser Richtung nichts von sich hören läßt, so sind es immerhin schwerwiegende Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens, die gerade im Zusammenhang mit der Machtverschiebung in Mitteleuropa wieder stärker einer Revisionspolitik das Wort reden. Vor allem ist es Graf Bethlen, der seine gewichtige Stimme erhob, um aus der neuen Lage die Konsequenzen für die ungarische Revisionspolitik zu ziehen. Graf Bethlen muß einem außenpolitisch interessierten internationalen Publikum nicht erst bekanntgemacht werden. Seine großen Fähigkeiten insbesondere auf außenpolitischem Gebiete sind allzubekannt. Wenn er die neue Lage für geeignet hält, um im Sinne der ungarischen Revisionspolitik der kommenden Fünfmächtekon-

*) Die vorläufigen Ergebnisse der jüngsten polnisch-französischen Verhandlungen lassen allerdings auch eine andere Deutung zu. (Red.)

ferenz einen konstruktiven Plan für die Lösung der Donaufrage vorzulegen, wie er das in einer großen ungarischen Zeitung ausführte, so ist sein Vorschlag nicht nur von der Sehnsucht nach einer solchen Lösung eingegeben, sondern vielmehr, weil er die sachlichen Voraussetzungen zu einer solchen Lösung für gegeben erachtet. Auch eine zweite Größe des ungarischen öffentlichen Lebens gelangte aus der neuen Lage zur gleichen Schlußfolgerung: Dr. Tibor von Eckhardt, der Führer der ungarischen Kleinlandwirte. Der Name Eckhardts hat auch in ausländischen Kreisen einen guten Klang, wenn er auch nicht so bekannt ist wie Graf Bethlen. Er gehört wohl zu den fähigsten ungarischen Politikern und es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß ihm in der zukünftigen Gestaltung der ungarischen Politik ein großer Anteil zufallen wird. Eine vernünftige Konstellation im Donaubecken, erklärte Eckhardt, liegt genau so im Interesse unserer Nachbarn wie in unserem Interesse. Der Verständigung zuliebe müssen sie auf das verzichten, was ihnen ohnedies nicht zusteht. Ein Zusammenschluß, um dadurch einen Fortschritt zu begründen, liegt auch in ihrem Interesse. „Für die ungarische Nation ist übrigens die Forderung der Revision der einzig gangbare Weg.“ Wie Graf Bethlen gelangt auch Eckhardt aus der Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage zu der Schlußfolgerung: Ungarn muß an der Forderung nach Revision festhalten.

Die Gegenseite hat mit ihrer Antwort allerdings nicht lange warten lassen. Eine Prager halbamtliche Stimme hat sich sehr bald gemeldet und auf diese Erklärungen ungarischer Staatsmänner damit geantwortet, daß sie Ungarn beschuldigte, im Trüben fischen zu wollen. Bei den kleinen und mittleren Staaten in Zentral- und Südosteuropa, heißt es da, fehlt es im allgemeinen nicht an Verständnis für den Ernst der gegenwärtigen europäischen Lage. Es überwiegt die Auffassung, daß die Politik des Friedens und der Nüchternheit allein geeignet ist, die Schwierigkeiten zu überwinden. Dann heißt es: „Ein anderer Ton wird einzig und allein in Ungarn laut. . . . Budapest glaubt, die heutige Lage der Unsicherheit und der politischen Umgruppierungen sei besonders günstig dafür, die magharischen revisionistischen Forderungen zu betonen.“

Diese Prager Stellungnahme ist geeignet, den seitens gewisser ausländischer Kreise erweckten Eindruck zu verstärken, daß Ungarn auf eine Blockpolitik hinarbeite und seine Ziele letzten Endes in einem machtpolitischen Kampf erreichen wolle. Die Ultima Ratio dieser Blockpolitik wäre ein Krieg gegen jene Mächte, die sich nach dem Weltkrieg eine allzu große Beute geholt haben. Diese scharf zugespitzte These, diese äußerste Folgerung aus einer bestimmten politischen Lage wird sicherlich auf Widerspruch stoßen. Selbst wenn man in Ungarn die Absicht hätte, eine Blockpolitik zu betreiben, um in einem reinen machtpolitischen Kampf die Revision durchzusetzen, bleibt es recht zweifelhaft, ob eine solche Politik zum Erfolg führen kann. Eine scharfe Scheidung der Fronten nach revisionistischen und antirevi-

sionistischen Staaten, wobei Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und vielleicht Polen dem antirevisionistischen Block angehören sollten, ist nicht recht denkbar. Weder ist die Interessengleichheit innerhalb dieser Staaten, noch auch ihr Gegensatz zu dem Block der Kleinen Entente und dem Balkanblock so einheitlich, daß sie sich zur machtpolitischen Austragung dieses Gegensatzes entschließen könnten. Es ist also durchaus falsch, wenn gesagt und geglaubt wird: Ungarn wolle seine Revisionsziele um den Preis einer europäischen Konflagration erreichen.

Man wird aber trotzdem und mit Recht die Frage aufwerfen: warum glaubt Ungarn in der veränderten mitteleuropäischen Lage sein Ziel leichter erreichen zu können?

Wir haben nicht ohne Absicht in der Einleitung auf die Momente in der Veränderung der mitteleuropäischen Lage hingewiesen. Das Ende des Weltkrieges hat die besiegten Staaten den Siegermächten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Ungarn stand vollkommen machtlos da. Dieser Machtlosigkeit ist es zuzuschreiben, daß die Friedensbedingungen, wie man sie gegen Kriegsende und in den Waffenstillstandsverträgen seitens der Entente formulierte, nicht eingehalten wurden. Man hat sich in der damaligen Lage geholt, was man sich eben holen wollte, nicht aber, was man als sein Recht beanspruchte.

Die ungarische Nationalitätenpolitik der Vorkriegszeit wird vielfach als Argument für die so arge Verstümmelung des Landes angeführt. Wir wollen die Fehler dieser Nationalitätenpolitik nicht verschönern. Im politischen und geistigen Leben Rumfingarns gibt es genug Persönlichkeiten von Bedeutung, die die Mängel der alten Nationalitätenpolitik aufdecken. War diese Politik auch verfehlt, so ist damit noch nicht gesagt, daß die unzufriedenen Nationalitäten in ihren großen Massen ernste Irredenta betrieben hätten. Was sie anstrebten, war Autonomie innerhalb des St. Stephans-Reiches. Eine ernste Irredenta kam schon mit Rücksicht auf den großen kulturellen Unterschied zwischen ungarländischer Nationalität und Mutterland kaum in Frage. Das rumänische Volk in Siebenbürgen hatte keine Sehnsucht nach Vereinigung mit dem Königreich Rumänien, weil es dort viel schlechtere Verhältnisse zu erwarten hatte. Das gleiche kann von den südungarischen Serben gesagt werden. Die Kroaten wünschten einen Trialismus innerhalb der Monarchie. Die jugoslawische Idee ist ihnen erst später bewußt geworden. Die Slowaken hatten nur ganz dünne Beziehungen zu den Tschechen und besaßen gar kein Gravitationszentrum außerhalb Ungarns. Wenn wir es auch begreifen, daß die geschichtliche Entwicklung über die ursprünglichen Bestrebungen der Nationalitäten hinausgegangen ist, so muß immerhin festgehalten werden, daß es eben die besondere historische Konstellation war, die soweit führte.

Die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie war keine ursprüngliche Absicht der Ententemächte. Ende 1917 hat das Foreign Office

noch versichert, es wolle die Monarchie nicht zerstören. Anfang Jänner 1918 verkündete Präsident Wilson seine 14 Punkte, worin von der Aufteilung der Monarchie noch keine Rede war. Er wollte den Völkern der Monarchie bloß die Möglichkeit weitgehendster autonomer Entwicklung zusichern. Erst als sich die militärische Lage für die Mittelmächte verschlechterte, vor allem aber dank der geschickten Propaganda der tschechischen Emigration, entschloß sich Wilson, seinen Worten einen anderen Sinn zu geben, indem er nun von einer Befreiung der slawischen Völker der Monarchie sprach.

Die Monarchie befand sich bereits im Zustande der Auflösung, dennoch wurden Waffenstillstandsverhandlungen in Padua geführt, die zum Abschluß gelangten. In dem zwischen den Vertretern der Monarchie und General Diaz abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag war von einer Verletzung ungarischen Gebietes nichts enthalten. Generaloberst Badoglio erklärte sogar, daß den Serben, Polen und Ukrainern gegenüber die bisherigen politischen Grenzen die Demarkationslinie zu bilden haben. Die Revolution in Ungarn und die unglückliche Politik der damaligen Karolyi-Regierung führten zu einem zweiten Waffenstillstandsvertrag in Belgrad mit dem französischen General Franchet d'Espèrey. Dieser Vertrag trug bereits der gewaltig geschwächten Position Ungarns Rechnung. Er war viel schlechter als der erste, in Padua geschlossene Vertrag. Die Ententemächte durften große Gebiete Ungarns besetzen und schoben die Demarkationslinie weit bis ins Herz des Landes vor. Aber selbst diesen für Ungarn so überaus ungünstigen Waffenstillstandsvertrag hat man nicht eingehalten, sondern besetzte ganz eigenmächtig weitere Gebiete des Landes. Schließlich wurden die Bestimmungen auch dieses Waffenstillstandsvertrages durch die in Paris tagende Friedenskonferenz eigenmächtig geändert. Dieser Entschluß war übrigens mitschuldig daran, daß Ungarn bald daraufhin zum Objekt des kommunistischen Experimentes geworden ist.

Das Ergebnis dieser Lage und des Gebietshungers der Nachbarn war, daß man Ungarn $\frac{2}{3}$ seines Gebietes genommen hat, auf dem ein Drittel des staatsführenden magyarischen Volkes siedelte. Daß es sich hier um eine große Ungerechtigkeit handelte, die ein Hohn auf die vorher verkündeten politischen Grundsätze und Versprechungen der Entente war, ist der Kulturwelt heute ziemlich bewußt. Daß selbst die Friedenskonferenz hierin ein Unrecht erblickte, ergibt sich aus der Begleitnote des damaligen französischen Präsidenten Millerand, die eine gewisse Revision der Grenzen in Aussicht stellte. In Wirklichkeit wurden von der Grenzfestsetzungskommission ganz belanglose Grenzregulierungen, aber keine Revision vorgenommen.

Damit ist die These wohl hinreichend erwiesen, daß die Neuordnung, wie sie in dem Friedensvertrag von Trianon erfolgt ist, nicht als Verwirklichung irgendwelcher politischer Grundsätze angesehen werden kann, sondern die bis aufs Äußerste erfolgte Ausplünderung eines machtlosen

Volkess war. Oder mit anderen Worten: Es war ein Mißbrauch einer einmaligen historischen Konstellation.

Wenn nach gewaltigen internationalen Erschütterungen auf einem Teil der Welt ein neuer Zustand, eine neue Ordnung geschaffen wird, so kann diese neue Ordnung nach zwei Gesichtspunkten beurteilt werden. Der eine Gesichtspunkt: ob sie gerecht ist, d. h. ob sie dem sittlichen Empfinden, den herrschenden politisch-sittlichen Grundsätzen der Zeit entspricht. Ungarn und seine ausländischen Freunde legen das Hauptgewicht darauf, der Welt zu beweisen, daß der in Trianon geschaffene Zustand diesen Grundsätzen widerspricht. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Welt diese Beweisführung sich auch weitgehend zu eigen gemacht hat. Nun ist Gerechtigkeit eigentlich ein neuer Grundsatz in der internationalen Politik, in den internationalen Beziehungen. Der tatsächliche Mechanismus der internationalen Politik ist noch viel zu sehr von Ideologien und Gewohnheiten beeinflusst, die vor der Einführung des neuen Grundsatzes herrschten. Man muß also bei der Beurteilung internationaler Verhältnisse auch einen zweiten Gesichtspunkt anwenden. Ist der neue Zustand, die neue Ordnung auch geeignet, ihre Funktion dauernd zu erfüllen, tatsächliche Ordnung zu halten? Dieser zweite Gesichtspunkt ist eigentlich ein praktischer, kein sittlicher. Eine neue Ordnung kann ihre Funktion erfüllen, auch wenn sie unsittlichen Ursprunges ist. Das wird der Fall sein, wenn die Leidtragenden der neuen Ordnung sich mit ihrem Schicksal abfinden, sei es aus innerer Schwäche, sei es, weil sich die Machtverhältnisse zu ihren Ungunsten erhärtet haben. In einem solchen Falle werden weder die Nutznießer der neuen Ordnung, noch auch die an einer friedlichen Entwicklung interessierte neutrale Welt einen besonderen Anlaß zur Änderung dieses Zustandes haben.

Wenden wir nun diesen Maßstab auf das akute ungarische Problem an, so kann schon bei ganz oberflächlicher Betrachtung gesagt werden, daß die heutige Ordnung im Donaauraum diesem Grundsatz in ganz auffallender Weise widerspricht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß jene innere Schwäche, die ein Abfinden mit dem heutigen Zustand mit sich bringen würde, in Ungarn keinesfalls eingetreten ist. Dieses Land hat seinerzeit gegen den Vertrag von Trianon den schärfsten Protest erhoben und es ist nicht müde geworden, diesen Protest immer wieder zu erneuern.

Was wiederum die Lage in Mitteleuropa selbst betrifft, so hat sich hier seit 1918 ein gründlicher Wandel vollzogen, den wir in der Einleitung geschildert haben. Die Siegermächte holten sich damals, was sie eben wollten, weil nirgends in Europa ein fester Punkt zu sehen war, von wo aus man die damals geschaffene Ordnung hätte umstürzen können. Jene Völker, die die Beche für die Neuordnung zu bezahlen hatten, oder die an der Rückgängigmachung der neuen Ordnung einigermaßen interessiert waren, standen fast vollkommen machtlos da. Die Nutznießer der neuen Ordnung hatten nicht angenommen, daß die besiegten Völker aus ihrer

Machtlosigkeit sich jemals würden erholen können, um wieder als ernste Machtfaktoren auf der europäischen Bühne aufzutreten. Sie hatten auch nicht angenommen, daß die neutralen Länder, die der Gerechtigkeit noch einigermaßen das Wort redeten, gegen die Neuordnung eine ernste Aktion unternehmen würden oder könnten. Ja, die Schöpfer der Neuordnung haben ihrer Härte den Besiegten gegenüber deshalb freien Lauf gegeben, haben sich so manches geholt, weil sie es im Reime verhindern wollten, daß der durch sie geschaffenen Neuordnung jemals ein ernstster Widersacher entstehen könnte.

Das veränderte Mitteleuropa ist ein Beweis dafür, daß diese Erwartung fehlgeschlagen hat, daß diese Voraussetzung zunichte geworden ist.

Die neue Ordnung kann ihre Funktion nicht erfüllen, schon weil sich die Kräfteverhältnisse, auf der sie zustande gekommen ist und deren Stabilisierung ihre Voraussetzung war, verändert haben. Die neue Ordnung, die heutige Ordnung in Mitteleuropa ist schon aus diesem Grunde unhaltbar geworden. Wir haben es zwar behauptet, daß die um die Achse Rom-Berlin gruppierten Staaten weder gewillt, noch auch in der Lage sind, im Interesse der Revision einen Krieg zu beginnen. Das ist die Konstellation von heute. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß der Zustand, der eben durch die veränderte Lage in Mitteleuropa entstanden ist, frei von Elementen einer kriegerischen Entwicklung wäre. Das kann rein theoretisch aus der These abgeleitet werden: sobald eine so umfassende und tief einschneidende Neuordnung, wie sie im Donaubecken geschaffen wurde, ihre Funktion nicht mehr erfüllen kann, ist mit einer ruhigen, friedlichen Entwicklung nicht mehr zu rechnen.

Die neuerliche Unterstreichung der ungarischen Revisionsforderungen in der gegenwärtigen mitteleuropäischen Lage ist aber nicht deshalb erfolgt, weil man an einen Krieg denken würde, sondern gerade deshalb, weil man heute unhaltbar gewordene Zustände nicht mehr mit dem Mittel des Krieges lösen will. Mit der Einker der pazifistischen Ideologie in die internationale Politik, in die auswärtigen Beziehungen der Nationen, ist zwar noch nicht ihr Sieg erwiesen, so viel ist damit aber immerhin gesagt, daß man internationale Spannungen lösen will, ehe sie bis zur Ultima Ratio des Krieges ausgereift sind. Für eine diesen Grundsatz berücksichtigende internationale Politik muß ein Problem schon dann zur Lösung reif sein, wenn darin bereits deutlich die Elemente einer späteren kriegerischen Auseinandersetzung festzustellen sind. Die neue mitteleuropäische Lage enthält unstreitig solche Elemente, selbst wenn auf keiner Seite der Wille vorhanden ist, daraus die äußersten Folgerungen zu ziehen.

Für die praktische Politik kommt allerdings noch eine Frage in Betracht. Und diese Frage lautet: Ist die Dynamik des Problems, die Dynamik der neuen Lage solcher Natur, daß man mit ihrer dauernden Wir-

fung oder gar Verstärkung rechnen muß, oder ist mit ihrem allmählichen Abflauen zu rechnen? Eine bis in die Einzelheiten gehende Antwort wird man auf diese Frage schwer erteilen können. Schon weil alle Komponenten des Problems in ihrer vollen Bedeutung gar nicht erfaßt werden können. Aber ein Moment fällt bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage immerhin schwer in die Waagschale, und das ist die Frage nach der Gerechtigkeit der bestehenden Ordnung. Dem Prinzip der Gerechtigkeit wohnt vom Standpunkt jeder Politik — sei es eine nationale oder eine internationale — eine gewaltige Dynamik inne. Diesem Prinzip kam zu allen Zeiten große Bedeutung zu. Seine das politische Geschehen bestimmende Kraft wird aber umso gewaltiger sein, je höher die Kulturstufe der Menschheit, je breiter das Interesse für die Fragen der Gemeinschaft und je mehr die politische Wirklichkeit von den als gerecht verkündeten Grundsätzen abweicht. Je mehr die politische Wirklichkeit von den als gerecht anerkannten Grundsätzen abweicht, umso größer ist die politische Spannung, umso gewaltiger die Dynamik des Prinzips der Gerechtigkeit. Nun besteht kein Zweifel darüber, daß der Zustand, der Ungarn gegenüber geschaffen wurde, den von den Schöpfern und Erhaltern der neuen Ordnung selbst verkündeten Grundsätzen in größter Weise widerspricht. Diese Grundsätze haben sie einst selbst aufgestellt, ja sie bekennen sich selbst noch heute zu ihnen; dennoch wird das Gegenteil davon Ungarn gegenüber angewendet. Das Prinzip der Gerechtigkeit wird also in Mitteleuropa stets ein ernster, in seiner Intensität kaum abschwächender Faktor bleiben. Damit ist aber gesagt, daß die Dynamik des um Ungarn entstandenen Problems keineswegs nachlassen wird, eine Lösung des Problems im gegebenen Zeitpunkte daher für alle Beteiligten nur eine billige Lösung darstellen würde. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Rückgängigmachung alles Geschehenen. Das wäre ganz unhistorisch und würde letzten Endes gar keine Lösung des Problems bedeuten. Das Problem soll gelöst, d. h. alles abgeändert werden, was unhistorisch ist, was den Grundsätzen einer friedlichen und gerechten Ordnung in diesem Teile Europas widerspricht.

Wenn nun ungarische Staatsmänner den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es sich tatsächlich — wie die Prager Stimme behauptet — um politische Umgruppierungen handelt, für geeignet halten, um der Welt und den Gegenspielern Ungarns das ungelöste ungarische Problem wieder stärker in das Bewußtsein zu prägen, so erscheint dies vom Standpunkt einer europäischen Politik durchaus gerechtfertigt. Heute treten alle Elemente des ungelösten Problems so stark in Erscheinung, heute sind die Voraussetzungen für die in Trianon geschaffene Neuordnung derart hinfällig geworden, daß vom Standpunkt einer höheren europäischen Politik förmlich ein Zwang dazu besteht, sich mit der Lösung dieser Frage ernstlich zu befassen.